

BDP Pressemitteilung

vom 07.04.2022

Weltgesundheitsstag 7. April 2022:

BDP-Psychologinnen und Psychologen fordern die Politik dazu auf, Klimaschutz als Gesundheits- und Bevölkerungsschutz zu begreifen.

Schützen Sie die Gesundheit der Menschen aller Generationen durch zukunftsgerichtete Klimaschutzmaßnahmen

Angesichts der Corona-Pandemie, zunehmender Gefahren durch die Erderwärmung und Umweltverschmutzung sowie zunehmender Zivilisationskrankheiten will die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die globale Aufmerksamkeit auf ein zentrales Thema lenken: die Menschheit und den Planeten gesund zu erhalten. Die WHO schätzt, dass mehr als 13 Millionen jährliche Todesfälle weltweit auf das Konto vermeidbarer Umweltschäden gehen. Die Klimakrise ist dabei die größte Gesundheitsgefahr, der die Menschheit gegenübersteht.

Daher ist Klimaschutz auch Gesundheits- und Bevölkerungsschutz, so der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP).
https://www.bdp-verband.de/binaries/content/assets/politische-positionen/2021/20211006_bdp_stellungnahme_psychologie-und-klima.pdf

Bisher werden politische Entscheidungen zur Gesundheits- und Umweltpolitik weitgehend auf dem Hintergrund wirtschaftlicher Interessen getroffen. Der Wachstumsgedanke rechtfertigt scheinbar alle Eingriffe in die Natur und Schädigungen der Gesundheit der Menschheit. So beschleunigen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen die Klima- und Gesundheitskrise und behindern den Schutz von psychischer und körperlicher Gesundheit.

Folgende Beispiele verdeutlichen u.a. die Gesundheitsgefahren durch die Klimakrise:

- Mikroplastik findet sich in allen Gliedern der Nahrungsketten und sogar im Blut von Menschen
- Verarbeitete und ungesunde Lebensmittel werden massiv verbreitet und führen zu Zivilisationserkrankungen wie Übergewicht, Diabetes, Herzerkrankungen und Krebs u.v.m. Gleichzeitig verursacht die Nahrungsmittelindustrie rund ein Drittel der globalen Treibhausgase.
- Durch die Erderwärmung können z.B. Mücken Erkrankungen über immer größere Entfernungen verbreiten.
- Extremwetter führt in einigen Gebieten zur Verschlechterung der Bodenqualität und Knappheit von Trinkwasser. Dadurch verschlechtert sich die Gesundheit der Bevölkerung, einige müssen sogar ihre Heimat verlassen.
- Die anhaltende Corona-Pandemie führt zu einem deutlichen Anstieg von psychischen Belastungen und Störungen.

Gerade die Corona-Pandemie hat deutlich aufgezeigt, welche Schwächen in allen Bereichen der Gesellschaft bestehen. Die bisherigen wirtschaftlichen Maximen haben zu einer zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen, Wohlstand und Macht geführt. Daraus ergibt sich die drängende Notwendigkeit, nunmehr nachhaltige und auf das Wohlergehen der Menschheit und der Natur ausgerichtete Veränderungen umgehend einzuleiten. Gesundheit für alle soll für diese und folgende Generationen erreicht werden, ohne dabei die ökologischen Grenzen zu überschreiten.

Die WHO fordert eine „Well-being economy“, die drei Ziele verfolgt:

1. Wohlergehen der Menschheit
2. Verteilungsgerechtigkeit
3. Ökologische Nachhaltigkeit

Um die destruktiven Kreisläufe zu unterbrechen, welche die Menschen auf ihrem Planeten geschaffen haben, braucht es rechtliche Veränderungen, Reformierung von Wirtschaft und Unternehmen sowie eine Unterstützung aller Menschen, damit sie gesunde Entscheidungen treffen können.

Der Berufsverband der Deutschen Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) plant vor diesem Hintergrund eine Klima-Dekade, um „Klima und Psychologie“ als Schwerpunktthema zu behandeln. Dafür wurde 2021 eine Arbeitsgruppe „Klima und Psychologie“ gegründet, die Sektion „Gesundheits- und Umweltpsychologie“ gemeinsam mit weiteren BDP-Psychologinnen und -Psychologen arbeiten an diesem Themenkomplex.

Ansprechpartnerin: Julia Scharnhorst, Vorsitzende der Sektion „Gesundheits-, Umwelt- und Schriftpsychologie“ im BDP

Kontakt: presse@bdp-verband.de

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) vertritt die beruflichen Interessen der niedergelassenen, selbständigen und angestellten/ beamteten Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen. Als der anerkannte Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen ist der BDP Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP wurde vor über 75 Jahren am 5. Juni 1946 in Hamburg gegründet. Heute gehören dem Verband rund 11.000 Mitglieder an.